

**Ulf Neumann/Peter-Ulrich Wendt (Hrsg.)**

# **Gewaltprävention in Jugendarbeit und Schule**

**Band 2:**

**Projekte – Ansätze – Konzepte**

**SCHÜREN**

## Inhalt

<i>Peter-Ulrich Wendt/Ulf Neumann</i> „Der Zustand des Patienten gibt Anlass zur Sorge ...“ Jugendförderung zwischen Präventionspraxis und Inpflichtnahme	7
<i>Werner Lindner</i> Immer noch Prävention? Reflektierende Beobachtungen zur anhaltenden Präventionskonjunktur in der Kinder- und Jugendarbeit	20
<i>Peter-Ulrich Wendt</i> Wenn Gewalt zur Sprache kommt ... Empirische Befunde zur Devianz junger Menschen – am Beispiel Niedersachsen	34
<i>Ulf Neumann</i> Kämpfen als pädagogische Methode für Schule und Jugendarbeit	57
<i>Heike Blum/Detlef Beck</i> Der „No Blame Approach“ Ein wirksamer Interventions- und Handlungsansatz bei Mobbing in der Schule (ohne Schuldzuweisung und Bestrafung)	76
<i>Klaus Gieseke/Dirk Hubrich</i> „... der hat Hurensohn zu mir gesagt!“ Gewaltprävention an Schulen	89
<i>Monika Harms</i> Gewaltprävention im schulischen Netzwerk	110
<i>Ahmet Toprak</i> Nachgiebigkeit als Schwäche? Der Umgang mit türkischen Jugendlichen im Schulalltag	125
<i>Achim Krenz</i> Theaterarbeit als eine wirksame Methode der Gewaltprävention	143

<i>Rolf Pfeiffer</i> Jugendberatung in der ländlichen Jugendarbeit	153
<i>Peter-Ulrich Wendt</i> Übergangsmanagement als Gewaltprävention	171
Zu den Herausgebern und weiteren Autorinnen und Autoren	191

## **„Der Zustand des Patienten gibt Anlass zur Sorge ...“ Jugendförderung zwischen Präventionspraxis und Inpflichtnahme**

Seit bald 30 Jahren hält sich in Deutschland hartnäckig eine Diskussion über „Jugend und Gewalt“. War es zunächst der „Jugendprotest im demokratischen Staat“ (der in Folge der Auseinandersetzung mit „linkem“ Terrorismus aufgegriffen wurde), war es bald die Focussierung auf Gewalt im Kontext von Fremdenfeindlichkeit, um schließlich in der Behandlung von Gewalt als symbolträchtiges Handeln im Zusammenhang von gesellschaftlicher Transformation (Stichworte: „Modernisierung“, „Globalisierung“) und ihren Gewinnern und Verlierern zu münden. Dabei war (und ist) stets eine eigentümliche Verengung der Behandlung von Gewalt als gesellschaftlichem Phänomen auf Kindheit und Jugend zu konstatieren: Kinder und – mehr noch – Jugendliche bzw. junge Volljährige üben Gewalt aus, handeln gewaltförmig, setzen unter Druck, gehen nicht zimperlich miteinander um. Diese Verengung des Problems auf junge Menschen bildet nicht die Realität ab, vielmehr wird – wohl wissend um Quantität, Qualität und des epochalen Charakters des Problems – eine ganze Generation stigmatisiert. Natürlich ist es richtig, zu beschreiben, dass (auch!) Kinder und Jugendliche gewaltförmig auf ungelöste soziale Probleme reagieren und damit Signale senden, damit ihre Lebenslage entschlüsselt wird und vielfältig – sei es in Schule oder Jugendarbeit – adäquate Hilfen für sie bereit gestellt werden (die zum Teil – siehe die Thematik Schulflucht bzw. –verweigerung) erst noch neu gedacht und etablieren werden müssen). Dieser Signalcharakter von Gewalt (bzw. der mit gewaltförmigem Verhalten oft – nicht immer – verbundene Aufruf: seht her und handelt!) freilich kommt in der Diskussion oft zu kurz. Politisch en vogue ist vielmehr die Strategie des kaltschnäuzigen Verweisens: Gewalt als nachhaltiges Zeichen der Auflösung sog. „traditioneller Werte“, verbunden mit der Forderung, eben diese zu reaktivieren – so die über die Parteiengrenzen erkennbar bewahrende Lesart. Und: Es sei eben die Aufgabe „der“ Jugendhilfe, insbesondere aber der Jugendarbeit, darauf einzugehen.

Solche extern an die Jugendarbeit herangetragenen Forderungen, zur sozialpolitischen Befriedung beizutragen, werden intern nicht selten mit dem Gerede von der „Krise der Jugendarbeit“ beantwortet. Davon ist in den zurückliegenden 30 bis 40 Jahren nachgerade zyklisch immer wieder die Rede gewesen. Wir treten hier (auch mit dieser Veröffentlichung, die die im ersten Band 2002 dargelegten Erfahrungen fortschreibt) nicht an, in den Chor derer einzustimmen, die dieses Lied singen. „Der“ Jugendarbeit mag es derzeit „schwer“ gehen, vielleicht ist es sogar angezeigt, ihr einen „Patientenstatus“ zukommen zu lassen – doch es besteht Hoffnung. In „ihr“ steckt Potenzial; immer wieder treten forsche Geister an, etwas Neues auszuprobieren, mit den Verwerfungen, denen junge Menschen (d. h. Kinder, Jugendliche und junge Volljährige) ausgesetzt sind, umzugehen, um neue Wege zu beschreiten, ihre Versuche, gangbare(re) *Wege im Übergang* (d. h. vom Kind zum Jugendlichen, vom Jugendlichen zum Erwachsenen, von der Schule in Ausbildung und Beruf), von dem hier stärker die Rede ist, zu suchen, zu begleiten und zu unterstützen. Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes nehmen jedenfalls für sich in Anspruch, nicht hoffnungslos zu sein – ganz im Gegenteil. Und das, obwohl die Rahmenbedingungen für das professionelle Handeln in diesem Kontext allerlei Erschwernis offenbaren. Jugendarbeit sieht sich nämlich „in die Zange genommen“, wobei drei Aspekte von *besonderer* Relevanz sind:

Stichwort *Infragestellung der materiellen Grundlagen*: Die strukturelle Benachteiligung der Jugendarbeit im Kinder- und Jugendhilfegesetz gegenüber mit subjektiv-öffentlichrechtlichen Rechtsansprüchen ausgestatteten Leistungsbereichen (Hilfen zur Erziehung, Kindertagesstätten) führt zu einem der Jugendhilfe selbst eigenen Ungleichgewicht. Jugendarbeit fungiert in den Köpfen vieler Kämmerer und Politiker immer noch als angeblich „freiwillige Leistung“ (wobei an die Überlegungen des alten Jugendwohlfahrtsgesetzes angeknüpft wird, das *seit 1990* außer Kraft ist), die gern zum Stopfen der Löcher gebraucht wird, um „harte“ Pflichtleistungen nach „neuem“ Recht zu erfüllen. Dies führt zu einem finanziellen Verschiebeparkplatz zwischen den Leistungsbereichen der Jugendhilfe, etwa von der Jugendarbeit hin zu den Erzieherischen Hilfen, an dessen Bewirtschaftung – wie mittlerweile festzustellen ist – Führungskräfte der Jugendhilfe (z. B. Amts- oder ASD-Leitungen) im Rahmen des Rekurses auf den „Garantienanspruch“, der sich besonders in den Erzieherischen Hilfen zeigen soll, munter beteiligen. Die von unbestimmten Rechtsbegriffen geprägte Jugendarbeit bietet dafür den legitimatorischen Rahmen,

während (lokale) Politik eher holzschnittartig argumentiert: dafür habe man nun leider kein Geld mehr, und – im Übrigen – wo steht denn geschrieben, dass dies vorzuhalten ist?

Stichwort *Inpflichtnahme*: Es ist kaum möglich (und wohl auch nicht wirklich sinnvoll), „den“ Zustand „der“ Jugendarbeit zu beschreiben. So different ihre Handlungsansätze und -konzepte sein mögen, so stupend scheint zugleich der Focus zu sein, mit dem Jugendarbeit betrachtet wird: Stets im Blickpunkt der (kommunalen) Öffentlichkeit (vor allem lokaler Politik) gilt diese Aufmerksamkeit – bei genauerem Hinsehen – zum Einen doch stets ihrer „Leistungsfähigkeit“ und zum Anderen, begründet auf dem PISA-Schock (der ja so keiner sein konnte, denn die Defizite des bundesdeutschen System formaler Bildung sind empirisch längst durchleuchtet und seit Jahrzehnten bekannt), in Bezug auf „Ganztagsbetreuung und Bildung“. Beides illustriert augenfällig den wahrgenommenen Zustand des „Patienten“: „Jugendarbeit ist Bildungsarbeit“ stellt sich als Forderung einer an Aufklärung und Emanzipation interessierten Jugendarbeit seit Mitte der 60er Jahre dar, wird aber politisch erst dann interessant, wenn es – in Reaktion auf besagten PISA-„Schock“ – darum geht, ihre Ressourcen neu zu ordnen und „strategisch“ neu auszurichten. Der Komplex „Leistungsfähigkeit“ zugleich bildet den Hintergrund für die Infragestellung durch schrittweise Aushöhlung: In den jugendpolitischen Strukturen werden zwar Konzepte und Leistung gefordert und gegebenenfalls sogar beschlossen, deren Mittel aber erst gar nicht bewilligt oder kalt gestrichen. Die finanziellen Rahmenbedingungen (d. h.: sinkende Zahl von Personalstellen, sog. „kw-Vermerke“, Zeitverträge) unterliegen seit Jahren einem Kahlschlag. Die Erwartungen an Jugendarbeit, erfolgreich „soziale Feuerwehr“ zu spielen (z. B. in einem versagenden System formaler Bildung mit den Kniffen der informellen Bildung heilerisch tätig zu werden), scheinen mit dem Maß zu steigen, mit dem die ihr eigenen Ressourcen entzogen werden. Ist das eigentlich noch zu verstehen? Wenn dann auch noch fachfremde „Experten“ (man denke zum Beispiel an den Kriminologen und früheren niedersächsischen Justizminister Christian Pfeiffer) unter einer wohl nur eindimensional zu bezeichnenden Nutzung von Forschungsergebnissen darüber das Schwadronieren beginnen, was Jugendarbeit künftig zu tun und zu lassen habe und sich massenmedial zum besser wissenden Beckmesser aufspielen, dann stimmt (lokale) Politik allzu gerne in diesen Chor ein.

Stichwort *Neupositionierung*: Veränderungen in den lokalen Bildungslandschaften (z. B. die Realisierung von Ganztagschulkonzepten)

ten, die Implementierung von Schulsozialarbeit im Rahmen von Vorhaben zur sog. „Stärkung der Hauptschule“, die Einbindung von Sportvereinen, ehrenamtlichen Tätigen oder freien Trägern wie kommunaler Jugendförderung in Angebote der „Verlässlichen Grundschule“) erzwingen eine Neupositionierung von Jugendarbeit, insbesondere einen Zugang zum Thema, wie mit Schule insgesamt und auf ihre unbestreitbar vorhandenen Tendenzen der Indienststellung für Zwecke formaler Bildung zu reagieren sein wird bzw. – aus dem Blick von Jugendarbeit auf Schule – wie mit den auch und gerade an Schulen erfolgenden Prozessen informeller Bildung umzugehen und das Profil eines eigenständigen, insbesondere informelle Lernprozessen konnotierenden Zugangs zu entwickeln, zu sichern und zuzuspitzen ist.

Zu diesem eigenständigen Profil zählt unzweifelhaft die Formulierung einer Leitvorstellung von Prävention. *Prävention* ist bestimmt als diejenigen Anstrengungen Sozialer Arbeit, „die darauf gerichtet sind, Notlagen zu prognostizieren und deren Entstehung durch die Entwicklung systematischer und gradueller Strategien zu verhindern. Prävention setzt also das frühzeitige Erkennen von Problemlagen voraus und die Intervention durch systematisch und graduell aufeinander abgestimmte umfassende Maßnahmen, damit deren Eintreten verhindert wird“<sup>1</sup>. Unter Prävention werden auch jene „gesellschaftlich organisierten Maßnahmen“ verstanden, „vermittels derer die Bedingungen hergestellt werden, die die Konformität der Gesellschaftsmitglieder mit den Verhaltenserwartungen des sozialen Systems sichern und das Auftreten normabweichender Verhaltensweisen verhindern.“<sup>2</sup> Im 8. Jugendbericht wurde 1990 darauf hingewiesen, dass sich der „präventive Anspruch einer lebensweltlich-orientierten Jugendhilfe“ durch Formen der primären und der sekundären Prävention verwirklicht, wobei primäre Prävention „auf lebenswerte, stabile Verhältnisse, auf Verhältnisse also, die es nicht zu Konflikten und Krisen kommen lassen“, zielt, während sekundäre Prävention verbeugende Hilfe in Situationen meint, „die erfahrungsemäß belastend sind und sich zu Krisen auswachsen können“. Solche Schwierigkeiten entwickeln sich stufen-, phasenweise im Lauf einer Biographie und ließen sich häufig vermei-

- 1 Faltermeier, J.: Prävention; in: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge (Hg.), Fachlexikon der sozialen Arbeit, 3. Aufl. Frankfurt/Main 1993, S. 730.
- 2 Herriger, N.: Präventives Handeln und soziale Praxis, Weinheim und München 1986, S. 6.

den, wenn die Situationen weniger belastend und präventive Hilfen – gelingend – erreichbar gewesen wären<sup>3</sup>. Durch Aufklärung, Anleitung und Beratung soll Prävention dazu befähigen, „potentiell abweichendes Verhalten ohne die Zuhilfenahme von Angeboten staatlicher Instanzen bewältigen zu können.“<sup>4</sup> Prävention als ein Konzept Sozialer Arbeit zu entwickeln heißt folglich, 1. (kollektive) soziale Notlagen und daraus folgende (individuelle) Problemlagen sicher zu prognostizieren, hieraus 2. frühzeitig basisnahe Hilfen abzuleiten und zielgruppengerecht/-nah anzubieten, welche Möglichkeiten individueller Stabilisierung mit den Mitteln der Selbsttätigkeit und Selbstorganisation auf dem Wege der Hilfe zur Selbsthilfe unter Aktivierung des Umfeldes schaffen, und 3. sozialpolitisch integriert zu sein, d. h. die Instrumente der (auch kommunalen) Sozialpolitik als Strategie der Begegnung sozialer Notlagen zu kultivieren.

In Bezug auf jene jungen Menschen, von denen hier die Rede ist (d. h. Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen, mehrheitlich zwischen 12 und 21 Jahren) mag das – im übertragenen Sinne – mit dem Leitsatz der UNESCO heißen: *Jeder Mensch ist dazu bestimmt ein Erfolg zu werden. Und die Welt ist dazu bestimmt, diesen Erfolg zu ermöglichen.* In Bezug auf junge Menschen ist Prävention aber trotzdem notwendigerweise auch immer *Umgang mit der Perspektive eines möglichen Misslingens im Übergang*, ein Misslingen, das sie selbst nur in den selteneren Fällen zu vertreten haben, dessen gesellschaftlicher, politischer und/oder ökonomischer Bedingtheit sie sich aber nicht entziehen werden können.

(Offene) Kinder- und Jugendförderung, die in diesem Sinne präventiv ausgerichtet ist, wird vom Merkmal der Freiwilligkeit bestimmt. Nutzer der Angebote können diese annehmen, sich das für sie Interessante herauspicken oder sich aber auch unangenehmen Interventionen entziehen. Die große Chance der Kinder- und Jugendförderung ist es, trotzdem durch konsequentes, authentisches, empathisches und verlässliches Verhalten der sozialpädagogischen Fachkräfte vertrauensvolle, belastbare Beziehungen zu entwickeln, die oft für Kinder und Jugendliche in den Jugendhäusern außerhalb ihrer bisherigen Erfahrungswelt liegen. Nicht selten verbringen die Besucher dort sehr viel mehr Zeit im

3 Vgl. Bundesregierung, 8. Jugendbericht, Bundestagsdrucksache 11/6576 vom 6. März 1990, S. 85.

4 Vgl. Böllert, Zwischen Intervention und Prävention. Eine andere Funktionsbestimmung sozialer Arbeit, Neuwied 1995, S. 108f.

Kontakt mit den sozialpädagogischen Fachkräften, als mit ihren Eltern. In den sich daraus entwickelnden Beziehungen, (auch und gerade durch Konflikte und Auseinandersetzungen) können tragfähige Strukturen entstehen, die auch einen respektvolleren Umgang ermöglichen. Bei den in der Kinder- und Jugendförderung tätigen sozialpädagogischen Fachkräften können sie Ansprechpartner/-innen finden, die bei der Suche nach Wegen behilflich sind, sich aus dieser Gefangenheit herauszulösen. Sie stellen ihre Person in dem Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit; ihr Handeln, ihre Stärken und Schwächen sowie ihre Art, mit Problemen und Schwierigkeiten umzugehen, bieten den Jugendlichen ein Modell, an dem sie sich orientieren können. In der Offenen Jugendarbeit wird dies in erster Linie über Einzelgespräche und unter Berücksichtigung der individuellen Situation gewährleistet, um realistische Perspektiven aufzuzeigen und (erforderlichenfalls auch längerfristige) Begleitung zu geben. Das Vertrauen in die Person und Kompetenz der Fachkräfte ermöglicht oft erst den Zugang zu persönlichen Problemlagen (wodurch auch eine frühzeitige und tragfähige Inanspruchnahme von Hilfsangeboten [z. B. der Jugend- oder Gesundheitshilfe] erst möglich wird).

Bei der Bearbeitung solcher Problemlagen ist von Seiten der sozialpädagogischen Fachkräfte besonders viel Einfühlungsvermögen notwendig. Die jungen Menschen müssen spüren, dass das Interesse der Fachkräfte in erster Linie *ihrer Person* gilt. Das macht eine ganzheitliche Betrachtung notwendig, welche sich nicht nur an Problemen und Schwierigkeiten orientiert; vielmehr spielt die Stärkung von positiven Eigenschaften, Fähigkeiten und Fertigkeiten junger Menschen eine zentrale Rolle.

Dies ist aber auch in Hinblick auf die Schwierigkeiten von Jugendlichen im Übergang ein wesentlicher Aspekt. Denn gerade im Übergang müssen sich junge Menschen mit einer Vielzahl an Umbruchsituationen auseinandersetzen. Dazu zählt die verstärkte Suche bzw. das Formen ihres „Persönlichkeitsprofil“. Hierbei werden Werte erlernt und Normen erprobt und in Frage gestellt. Stabile Nachahmungsmodelle, welche eine Festigung von Werten fördern sollen, sind selten oder gar nicht vorhanden. In diesem Zusammenhang ist es von besonderer Wichtigkeit, dass sozialpädagogische Fachkräfte vor Ort ihr Handeln transparent machen und hierdurch die Jugendlichen den Prozess von Aktion und Reaktion seitens der Fachkräfte durchschauen können. Erst durch ein verlässliches Handeln der Fachkräfte kann Verhalten verstanden werden, wodurch die Möglichkeit besteht, dieses nachzuahmen oder in Frage zu stellen.

So bietet sich oft die Möglichkeit, diese Probleme anzugehen und sie vor allem nicht auf das rein schulische Versagen zu verengen. Kinder und Jugendliche finden hier einen *außerschulischen* Raum vor, wo sie als Person mit ihren Problemen ernst genommen werden, sie Rat finden und ihnen Perspektiven aufgezeigt werden. Dabei spielen die Stärkung der Motivation und die Schaffung kleinerer (die Motivation fördernder) Erfolgserlebnisse (in außerschulischen Feldern) eine beachtliche Rolle. In vielen Jugendhäusern werden daher zusätzlich Angebote im Bereich direkter Hausaufgabenhilfe bereitgestellt. Darüber hinaus werden auch direkte praktische Unterstützungen geboten (z. B. Hilfen beim Abfassen von Bewerbungen).

Im öffentlichen und politischen Diskurs stehen solche „trivialen“ Hilfen nicht gerade hoch im Kurs. Würden sie wahrgenommen, dürften viele Jugendtreffs und -projekte nicht in ihrer Existenz bedroht sein. Wenig Verständnis wird auch der Lebensweltorientierung entgegengebracht, dort tätig zu werden, wo es „drückt“, wo die Probleme sind (dies gilt nicht nur für das politische System: nach wie vor muss konstatiert werden, dass viele Schulen noch sehr weit davon entfernt sind, die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen in ihr Konzept einzubeziehen, und auch Eltern sind durch die an sie gestellten erzieherischen und lebensweltlichen Anforderungen immer häufiger überfordert – was mit der Konsequenz daherkommt, dass, ob im Jugendhaus oder durch Schulsozialarbeit, eine tägliche „Nachbeelterung“ angesagt ist). Für solche „Trivialitäten“ ist keine Zeit – oder doch? Da ist doch die Sache mit „Gewalt“ und „Prävention“. Ein Alltagsthema vor allem an Schulen (medial aufgepeppt durch skandalisierende Berichterstattung nach dem Motto: die Berliner „Rütli-Schule ist überall“), teils unter den Teppich gekehrt, teils offensiv öffentlich kommuniziert. Erkennbare politische Strategie: Diesem täglichen Problemfeld muss begegnet werden, aber nicht die Institution (Schule z. B.) muss sich verändern, nein, die Schüler haben sich konform zu verhalten. Aktionismus scheint an dieser Stelle vielfach Praxis zu sein: heute machen wir einmal Gewaltprävention! Hauptsache wir dokumentieren öffentlich, wie weit denkend und up to date wir sind: alles im Griff! Nachhaltigkeit wird so freilich nicht buchstabiert.

(Gewalt-) Prävention, verstanden als Verhinderung oder Minderung von gewaltförmigem Handeln (gleich, ob gegenüber Personen oder Sachen, autoaggressiv oder in Gruppen ausgeübt) muss daher nachhaltig auf die Verbesserung der Lebenslagen junger Menschen zielen. Weder eine begriffliche Verkürzung (nur Kontrolle) noch eine un-

begrenzte Ausweitung des Begriffs (alles ist Prävention) ist hierbei angezeigt. Das hier zugrunde gelegte Präventionsverständnis setzt bei primärer Prävention (z. B. gewaltförmigem Verhalten) an, führt aber aufgrund des Aufzeigens unter welchen Bedingungen solches Verhalten vermieden werden kann, über sekundäre Prävention weit hinaus. Prävention in diesem Sinne zielt auf die Stärkung der Persönlichkeit junger Menschen, um bestimmte desintegrative Entwicklungsprozesse her nicht erst eintreten zu lassen. Dieses Verständnis kennzeichnet eine Grundhaltung, die jungen Menschen Experimentierräume ermöglicht (und sichert), einschließlich des Rechts, einmal zu scheitern und doch stets Anspruch auf eine zweite Chance zu haben. Und es hebt auf die Freiwilligkeit ab: Prävention ist eben kein Prozess, der durch nachhaltigen „erzieherischen“ Druck gekennzeichnet wäre, sondern davon geprägt, dass der junge Mensch zwar aktiv mitwirkt, aber eben aufgrund eigener Bereitschaft, und dabei ein Engagement „in eigener Sache“ für sich selbst und nach eigenem Sinn entwickelt. Die Stärke von Jugendförderung, solche Prozesse zu begleiten bzw. – erforderlichenfalls – zu initiieren, ist dabei ihr politisch wohl entscheidender Nachteil: offen und vordergründig unverbindlich, charakterisiert vom Grundsatz der Freiwilligkeit der Teilnahme an ihren Angeboten, Leistungen und Beratungssettings fehlt ihr der scheinbare (weil so politisch wahrgenommene bzw. zugeschriebene) „Zwangscharakter“ erzieherischer Hilfen (gem. §§ 27ff KJHG), die den Nimbus der Wirkmächtigkeit ihrer Hilfestrukturen nachhaltig aufrecht zu erhalten bemüht sind. Für politische Akteure ist das – aus gutem Grund – jeder politischen Einflussnahme entzogene Hilfesetting Allgemeiner Sozialdienste (o. ä.) allenthalben überzeugender, als das der Jugendarbeit, das offen und transparent allerlei politischer Besserwisserei und Beschränkung ausgesetzt ist.

Die Rede ist davon, Politik sei konzeptlos (bzw. Sozial- bzw. Jugendpolitik nicht mehr „angesagt“). Dies zeigt sich auch in der ausbleibenden Verständigung darüber, wie Prävention inhaltlich zu füllen ist. Die Konsequenzen solcher sozialpolitischer Konzeptionslosigkeit bekommen oft genug Kinder und Jugendlichen zu spüren, mittel- wie unmittelbar:

- In der (in der aktuellen Fassung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes noch verankerten) Jugendhilfeausschüssen, in denen die Interessen der Kinder und Jugendlichen vertreten werden sollen, prallen in Ermangelung zureichender Budgetmittel die (Verbands-) Interessen der freien Träger mit denen des öffentlichen Trägers immer

häufiger aneinander. Besitzstandswahrung rangiert dann häufig vor dem Aufgreifen der Belange junger Menschen.

- Durch die Mitte 2006 beschlossene Föderalismus-Reform wird den Bundesländern die Möglichkeit gegeben, die besondere Struktur der Jugendhilfe, die sich in der sog. Zweigliedrigkeit des Jugendamtes (als Verwaltung und politischer Ausschuss) äußert, zu reorganisieren. In letzter öffentlicher Anhörung haben wiederholt Experten deutlich vor den Auswirkungen gewarnt und ihre Befürchtungen dargelegt. Durch den Beschluss ist die organisatorische Zerschlagung der Jugendhilfe zu befürchten, falls durch Landesrecht Jugendämter und Jugendhilfeausschüsse abgeschafft würden. Dadurch könnten in der Bundesrepublik deutliche Ungleichgewichte innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe Realität werden: Jugendhilfe nach Kassenlage! Finanzstarke Bundesländer „leisten“ sich (noch) eine fach- und sachgerechte, weniger finanzstarke Bundesländer gerade noch „Rudimente“ einer funktionierenden Jugendhilfestruktur. Sich vorzustellen, was dann früher oder später mit der Kinder- und Jugendarbeit geschieht, braucht wohl keine besondere prophetische Gabe.
- Eine Reihe insbesondere bundes- und länderseitig (mit Hinweis auf die Funktion des Bundes und der Länder, Anregungen für die Entwicklung der Jugendhilfe zu geben) initiierten Präventionsprojekten unterliegt (als Modellversuch oder ähnlich deklariert) zeitlichen Friktionen und unsicheren Fortsetzungsperspektiven: Fachliche Innovationen sind gerade erst entwickelt und Netzwerke aufgebaut worden, da läuft die Finanzierung bereits aus und eine die Fortführung sichernde Anschlussfinanzierung erweist sich dann als kaum mehr realisierbar. Von Nachhaltigkeit solcher Vorhaben kann kaum die Rede sein. Innovative Strukturen werden so wieder zerschlagen, Prozesse mit jungen Menschen, die stark beziehungsgestützt sein müssen, beim Projektende unterbrochen, gerade erst (neu) erschlossene Perspektiven somit ad acta gelegt, weil eine Fortführung des Kontaktes nicht mehr möglich ist.
- In diesem Zusammenhang sind auch die nur kurzatmigen und hastigen Reformversuche in Folge des sog. „PISA-Schocks“ zu sehen. Eine Linie ist auch hier kaum zu erkennen. So werden zum Beispiel die Ansätze, Gesamtschulkonzepte zu entwickeln, seit Antritt der großen Koalition nicht mehr wirklich fortgeführt und im Zuge der Föderalismus-Reform hat der Bund seine bescheidenen Kompetenzen im Bereich schulischer Bildung endgültig an die Länder abgege-

ben. Stattdessen wiederholt sich die Debatte um die Ganztagschule nach den bildungspolitischen „Frontlinien“ früherer Jahre.

Tatsächlich aber liegen hier die Chancen auf der Hand: „Ganztagsbildung“ lautet das neue Zauberwort, freilich auch hier ohne echtes Konzept. Nur eines scheint festzustehen: die Zukunft „der“ Jugendarbeit wird dabei dienend, Schule und den Primat formaler Bildung unterstützend gesehen.

Schulen können sich allerdings auch – wird der Primat der formalen Bildung modifiziert und Konzepten informeller Bildungsprozesse ein legitimer Stellenwert zugestanden – als Jugendhäuser neuen Typs etablieren. Sie könnten sich als Orte sozialer Prävention etablieren, um frühzeitig an Kinder und Jugendliche heranzukommen, die (erste) Integrationsschwierigkeit erkennen lassen. Ein gangbarer Weg von Kooperationsanlässen kann gewaltpräventive Arbeit sein. Beide Seiten müssten Interesse entwickelt haben an konzertiertem Zusammenwirken im Gemeinwesen/Sozialraum. An der Entfaltung von an den Interessen der Kinder und Jugendliche und der Bewältigung ihrer Übergangsprobleme orientierter Ganztagsangebote kann Jugendarbeit aufgrund ihrer vielfältigen Erfahrungen in offenen Settings selbstbewusst mitwirken. Sie sollte ihr know how nutzen und der Kooperation mit Schule zur Verfügung stellen, ohne sich vereinnahmen zu lassen.

Da sich viele Schulen, aber auch Einrichtungen der Jugendarbeit, recht kooperationsresistent darstellen, hilft es einerseits nichts, wenn Jugendarbeit ihren außerschulischen oder informellen Bildungscharakter gebetsmühlenartig wiederholt, andererseits auch nichts, noch länger darauf zu warten bis Schulen sich der Jugendarbeit flächendeckend öffnen. Auch Gesetze und Erlasse helfen an dieser Stelle wenig: Wer nicht will, wird Wege finden, das Geforderte zu unterlaufen – auch wenn es verordnet wird. Die Frage ist, wer hält es länger durch Kooperationsresistenz bzw. –unwilligkeit zu dokumentieren? Wenn die Jugendarbeit sich an dieser Stelle nicht hurtig in Bewegung setzt, werden ihr die Felle endgültig davon schwimmen. Ein aktives Einklinken der Kinder- und Jugendförderung in diese Diskussion jedenfalls ist erforderlich. Die Aufsätze in dieser Veröffentlichung bieten hierzu Anregungen. Schon der erste Band bot eine Fülle von Anknüpfungspunkten, (Gewalt-)Prävention als integrierte und integrierende Strategie einer modernen Jugendförderung zu entwickeln. Die Beiträge in diesem (zweiten) Band greifen in die laufenden Diskussionen zu Prävention ein.

Unter dem Titel „Immer noch Prävention? Reflektierende Beobachtungen zu anhaltenden Präventionskonjunktur in der Kinder- und

Jugendarbeit“ befasst sich *Werner Lindner* vom *Niedersächsischen Landesjugendamt* mit der Sichtung, Begründung und Auswertung von Präventionsvorhaben in der Kinder- und Jugendarbeit und analysiert diese darauf hin, inwieweit die kritischen Anmerkungen zur Prävention hier Eingang gefunden haben. Im Weiteren geht es um Analysen und Reflexionen zur anhaltenden Verwendung des Präventionsbegriffs in der Praxis.

*Peter-Ulrich Wendt* (hier in seiner Funktion als Lehrbeauftragter an der *Universität Göttingen*) klärt in seinem Beitrag „Sobald Gewalt zum Thema wird – Anstöße zur aktuellen Diskussion“, dass der subjektiven Wahrnehmung nach gewaltförmiges Verhalten junger Menschen in Zusammenhängen von Schule und Jugendarbeit zwar als wachsendes und dramatisches Problem wahrgenommen wird, die bare Empirie jedoch ein anderes und differenzierteres Bild zeichnet; für Entwarnung besteht dennoch kein Anlass.

„Kämpfen als sozialpädagogische Methode“ nimmt *Ulf Neumann* vom *Fachbereich Jugend und Soziales des Landkreises Gifhorn* in den Blick. Das Wort „Kämpfen“ hält er im Sprachgebrauch für negativ besetzt und als sozialpädagogische Methode für ziemlich unbekannt. Deshalb ist dessen Nutzen auch außerhalb des Blickfeldes pädagogischen Handelns offenbar sehr zweifelhaft: man kann es sich in der Jugendarbeit oder im Sportunterricht schlichtweg nicht vorstellen, bzw. kämpfen wird unreflektiert kategorisch abgelehnt. Diese Ablehnung basiert auf Verunsicherung in der Umsetzung und geringer Kenntnis und Ausbildung im „Kämpfen“. Der Beitrag nimmt Bezug auf Praxiserfahrungen in Seminaren mit Lehrerinnen und Lehrern und Fachkräften der Jugendhilfe.

*Heike Blum* und *Detlef Beck* von *fairend – Praxis für Konfliktberatung, Mediation, Supervision und Weiterbildung* aus Köln befassen sich unter dem Titel „Der No Blame Approach – Wirksames Vorgehen gegen Mobbing in der Schule“ mit einem in Deutschland noch ziemlich unbekanntem Mobbing-Konzept. „No Blame Approach“ ist ein handlungs- und lösungsorientierter Ansatz für akutes Mobbing. Die besondere Herausforderung liegt darin, die Akteure des Mobbings für ihre Handlungen nicht zu bestrafen und ihnen keinerlei Schuld zuzuweisen. Drei zentrale Schritte – das Gespräch mit dem Opfer, der Aufbau einer Unterstützungsgruppe und Nachgespräche – helfen dabei, Mobbing in vielen Fällen zeitnah zu stoppen.

„... der hat Hurensohn zu mir gesagt! – Gewaltprävention an Schulen“ haben *Klaus Gieseke* und *Dirk Hubrich* (*Jugendhilfeprojekt*)

*ZOB und BBS II Gifhorn*) ihren Beitrag übertitelt. Ihr Aufsatz hat das Konzept und die hieraus resultierenden Erfahrungen eines Präventionsprogramms zum Gegenstand, welches speziell für Schulklassen, aber auch für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren erarbeitet wurde. Es basiert auf vertiefende Auseinandersetzung zum Thema „Gewalt“ mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren. Darüber hinaus werden verschiedenste Übungen und Rollenspiele vorgestellt, die Hilfestellung gegen Ohnmacht in Bedrohungssituationen geben sollen.

*Monika Harms (Lehrerin aus Hannover)* zeigt in ihrem Aufsatz „Gewaltprävention im schulischen Netzwerk“, wie Gewaltprävention als gemeinsame Aufgabe von Schulen mit räumlicher Nähe, unabhängig von der Schulform, aufgefasst und umgesetzt worden ist. Angefangen mit dem Herausarbeiten gemeinsamer Wertevorstellungen über die Festlegung der in allen beteiligten Schulen geltenden Grenzzsetzungen bis hin zur Schwerpunktsetzung in der Vermittlung sozialer Kompetenzen im Schulalltag, ergänzt durch die Peermediation. Vor allem Letzteres wird am Beispiel einer Realschule genauer beschrieben, die seit dem Jahre 2000 die Vermittlung sozialer Kompetenzen im Stundenplan festgeschrieben hat.

„*Nachgiebigkeit als Schwäche?*“ ist der Beitrag von *Ahmet Toprak* übertitelt. Der Autor, der bei der *Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Bayern e.V.* (München) tätig ist, greift die „typischen“ Fragen schulischer Fachkräfte – bezogen auf die türkischen Jugendlichen – auf und formuliert Handlungsalternativen. Diese Fragen können sein: Warum die türkischen Jungen Lehrerinnen nicht akzeptieren, warum die türkischen Jugendlichen im Gespräch mit Lehrkräften Augenkontakt vermeiden oder aber warum alle Eltern wollen, dass Ihre Kinder studieren, obwohl das Kind ein schlechter Hauptschüler ist. Der Beitrag wird ergänzt mit einer Darstellung der wichtigsten Erziehungs- und Bestrafungspraktiken in türkischen Migrantenfamilien.

Einen ganz anderen Zugang schildert *Achim Krenz* vom *Kreisjugendamt Peine*: „Theaterarbeit als eine wirksame Methode der Gewaltprävention“ handelt von praxisorientierten und -erprobten Beispielen, Theater und Schauspielerarbeit als spielerische und lustvolle Möglichkeiten in der Auseinandersetzung mit sich selbst und anderen zu verstehen, als Experimentierfeld im Schutz der Rolle und als Raum für das Spiel mit den „ungeliebten“ Seiten, wodurch Möglichkeiten für Bewegung und Aktion eröffnet werden, aber auch für Ruhe und innere Wahrnehmung. Theater/Schauspielerarbeit als Methode einer gewalt-

präventiven Jugendarbeit oder besser einer gewaltpräventiven Arbeit mit Jungen und Mädchen bedeute Spaß, Aktion und intensives Erleben.

Rolf Pfeiffer ( *Universität Göttingen*) beschreibt unter dem Titel „Jugendberatung in der ländlichen Jugendarbeit“ konzeptionelle Voraussetzungen für eine partizipative Jugend- und Beratungsarbeit in ländlichen Kontexten. Ausgehend von allgemeineren Grundhaltungen wie Dialogfähigkeit, Taktgefühl und Differenzsensibilität werden förderliche Aspekte zur Konzeptentwicklung zwischen pädagogischem Bezug, Lebenswelt und sozialpolitischer Dimension stichwortartig dargestellt. Abschließend wird die Situation des vor Ort oft fremden Fachpersonals mit der sozialen Figur „Gast“ verglichen und der Boden für gemeinwesenorientierte Interventionen bereitet.

*Peter-Ulrich Wendt* (hier in seiner Doppelfunktion als *Jugendreferent der Stadt Salzgitter*) schließt die Sammlung mit dem Beitrag „Übergangsmanagement als Gewaltprävention“ ab. Aus der Devianzforschung ist bekannt, dass Schulflucht bzw. -verweigerung ein wichtiges Moment des Ausstiegs aus Prozessen einer gelingenden gesellschaftlichen Integration darstellt. Schülerinnen und Schüler, die den Versuch einstellen, in der Schule zu recht zu kommen, gleiten dabei nicht selten auch in gewaltbejahendes, -förderndes bzw. -anwendendes Verhalten ab. Im Rahmen des durch das Bundesjugendministerium geförderten Modellprojektes Kompetenzagenturen konnten Erfahrungen gesammelt werden, solchen älteren Kindern bzw. jüngeren Jugendlichen eine neue Perspektive zu erschließen. Damit eröffnet sich insgesamt auch eine neue Chance zur (Gewalt-) Prävention, die hier allerdings in Bezug auf einige Voraussetzungen reflektiert werden muss, die ein verändertes Handlungsmodell beruflich in der Sozialen Arbeit tätiger Fachkräfte (Professionelle) erfordert, die die Grenzen zeitlich befristeter Modellprojekte aufzeigt und die nach einer integrierten Strategie der Verankerung solcher Angebote in den Settings kommunaler Kinder- und Jugendförderung verlangt.